



Nr. 16

13.05.2015

Inhalt

[dbb bundesfrauenvertretung wählt neue Geschäftsführung+++](#)
[Sozial- und Erziehungsdienst: 4.000 bei Streikkundgebung in Aachen+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[DBB NRW geht optimistisch in Besoldungsgespräche+++](#)
[Besoldung: Offener Brief des BBW an SPD-Fraktionsvorsitzenden+++](#)
[BBB: Öffentlicher Dienst in Bayern Vorreiter bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf+++](#)
[dbb berlin: Urteil des Verfassungsgerichts hat auch Auswirkungen auf Beamtenbesoldung+++](#)
[dbb hamburg kritisiert unterschiedliche Bezahlung in Jobcentern+++](#)
[SBB im Gespräch mit sächsischer SPD+++](#)
[Knecht zu Ramsauer-Vorschlag: Späte Einsicht besser als keine+++](#)
[VBOB warnt: Befristungen gefährden kontinuierliche Aufgabenerfüllung+++](#)
[GDL: Durchschnittlich über 3.000 Lokführer pro Tag im Streik+++](#)
[GdS: Ministerpräsident Haseloff sieht Handlungsbedarf in der GKV-Finanzierung+++](#)
[Illegale Einreisen auf Höchststand: Bundespolizisten brauchen dringend Unterstützung+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb bundesfrauenvertretung wählt neue Geschäftsführung

(dbb) Am 8. Mai 2015 haben die Delegierten des 11. dbb bundesfrauenkongress in Potsdam turnusgemäß eine neue Geschäftsführung gewählt. Helene Wildfeuer (DSTG) wurde mit überwältigender Mehrheit für weitere fünf Jahre als Vorsitzende im Amt bestätigt.

Stellvertretende Vorsitzende ist weiterhin Jutta Endrusch(VBE). Bei der Wahl der vier Beisitzerinnen wurden Astrid Hollmann (VRFF) und Elke Janßen (GdS) erneut gewählt. Milanie

Hengst (DSTG) und Sabine Schumann (DPoIG) gehören erstmals der Geschäftsführung an. (01/16/15)

Sozial- und Erziehungsdienst: 4.000 bei Streikkundgebung in Aachen

(dbb) Tausende Beschäftigte des Sozial- und Erziehungsdienstes aus Nordrhein-Westfalen haben am 11. Mai 2015 an einer Streikkundgebung in Aachen teilgenommen. „Das ist heute ein deutliches Signal an die Arbeitgeber, die den Beschäftigten immer noch die verdiente Wertschätzung vorenthalten“, sagte dbb Verhandlungsführer Andreas Hemsing.

Zwei Demonstrationzüge vom Haupt- und Westbahnhof zogen durch die Aachener Innenstadt, um sich am Friedrich-Wilhelm-Platz zu einer zentralen Kundgebung mit 4.000 Teilnehmern zu vereinigen. Lautstark forderten die Beschäftigten von der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) ein Angebot für eine deutlich bessere Eingruppierung. Hemsing: „Es geht darum, dass die finanzielle Wertschätzung der gesellschaftlichen Bedeutung der Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst gerecht wird.“

„Hier stehen Menschen, die sich Tag für Tag um unsere Kinder kümmern. Die Tag für Tag in den unzähligen Sozialen Einrichtungen um die die großen und kleinen Probleme vom Hilfebedürftigen kümmern“, so Hemsing weiter. „Unsere Gesellschaft muss sich darüber klar werden, ob wir es uns leisten können, wollen und dürfen, diese Menschen weiterhin mit einem Schulterklopfen abzuspeisen.“

Die Streikkundgebung in Aachen ist die erste große zentrale Aktion, seit die Mitglieder der dbb Fachgewerkschaften in einer Urabstim-

mung mit überwältigender Mehrheit (96,53 Prozent) für einen unbefristeten Streik gestimmt haben. „Wenn sich die Arbeitgeber nicht bewegen, werden wir wiederkommen“, machte Hemsing deutlich. Der dbb werde aber auch weiterhin die Betroffenen rechtzeitig über Streikmaßnahmen in den einzelnen Einrichtungen informieren.

Hintergrund:

Sozial- und Erziehungsdienst: Echte Wertschätzung. Jetzt!

Beraten, erziehen, betreuen, pflegen, fördern, helfen – und noch viel mehr! Die Aufgaben im Sozial- und Erziehungsdienst sind vielfältig, aber eins haben sie alle gemeinsam: Der Mensch steht stets im Mittelpunkt. Jeden Tag vollbringen die Beschäftigten dort Höchstleistungen, damit unsere Gesellschaft auch eine Gemeinschaft bleibt. Das verdient echte Wertschätzung. Jetzt!

Mehr Informationen unter:

www.dbb.de/sozial-und-erziehungsdienst
(02/16/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DBB NRW geht optimistisch in Besoldungsgespräche

(dbb) Die Vertreter des DBB NRW gehen optimistisch in die Gespräche der Gewerkschaften mit der Landesregierung Nordrhein-Westfalens zur Besoldungsrunde 2015/2016, die am 13. Mai 2015 beginnen.

Roland Staude, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, sagte am 11. Mai, der DBB NRW sei „gut vorbereitet“ auf die Gespräche mit der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und ihrer Vertreterin in der NRW-Landesregierung Sylvia Löhrmann (Bündnis 90/Die Grünen) sowie dem Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD). Staude: „Unsere Forderung für die Besoldungsgespräche

ist so simpel wie unmissverständlich: Wir wollen für gute Arbeit eine faire Bezahlung. Darum führt kein Weg an einer strukturellen Übertragung des Tarifiergebnisses auf den Besoldungsbereich vorbei.“ Dabei geht der DBB NRW Chef von lediglich ein bis drei Besoldungsgesprächen und einer schnellen Einigung mit der Landesregierung aus. (03/16/15)

Besoldung: Offener Brief des BBW an SPD-Fraktionsvorsitzenden

(dbb) Nachdem die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg die erneute Verschiebung von Besoldung und Versorgung mit Zahlenmaterial begründet hat, das den wahren Sachverhalt verschleiert und wenige Tage später auch der Vorsitzende des SPD-Landtagsfraktion, Claus Schmiedel, auf diese nicht nachvollziehbaren Zahlen zurückgegriffen hat, äußerte der Beamtenbund Baden-Württemberg BBW seine Kritik an diesem Vorgehen. In einem Offenen Brief an Schmiedel stellte BBW-Chef Volker Stich nicht nur den Sachverhalt klar, sondern hielt auch mit seiner Irritation über das Verhalten der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen nicht hinterm Berg.

Dass Grün-Rot in einer Pressemitteilung zur Anpassung von Besoldung und Versorgung den eigentlichen Sachverhalt verschleierte, darauf hatte BBW-Chef und dbb Vize Stich bereits am 21. April 2015 hingewiesen, als der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Finanzminister Nils Schmid ihm und seiner Delegation verkündeten, dass der Großteil der Beamtenschaft auf ihr Gehaltsplus erneut warten müsse. Stich hatte den Finanzminister darauf aufmerksam gemacht, dass die in der Pressemitteilung angeführten Kosten für eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses auf den Beamtenbereich im Jahr 2015 auch noch die letzte Tranche der Besoldungsanpassung 2014 beinhalteten. Eine Klarstellung des Sachverhalts seitens der Regierung hatte es dennoch nicht gegeben. Stattdessen benutzte SPD-Fraktionschef Schmiedel wenig später das gleiche Zahlenmaterial.

Waren viele Beamte und Versorgungsempfänger bereits tief verärgert und enttäuscht über die erneute Verschiebung

der Besoldungs- und Versorgungsanpassung, so hat der Brief von SPD-Fraktionschef Schmiedel zusätzlich Öl ins Feuer gegeben, machte der BBW am 12. Mai 2015 deutlich. In seinem Offenen Brief kommt Stich zu dem Schluss, dass der Landesregierung öffentlicher Dienst und insbesondere die Beamtinnen und Beamten im Land offensichtlich „nicht wert“ sind, Geld einzusetzen, das an anderer Stelle bereitwillig zur Verfügung gestellt wird. Andere Bundesländer hätten in solch prosperierenden Jahren die Frage der Übernahme des Tarifiergebnisses befriedigender gelöst. So Bayern, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland Pfalz und Sachsen, die inhalts- und zeitgleich übertragen, Sachsen-Anhalt, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern, die um drei oder vier Monate verschieben, oder Schleswig-Holstein, das nach mehreren Gesprächsrunden mit dem dortigen Landesbund von seinem Vorhaben einer zweimaligen Verschiebung um drei Monate abgerückt sei und jetzt in 2015 zeitgleich und in 2016 um zwei Monate verschoben übernimmt. (04/16/15)

BBB: Öffentlicher Dienst in Bayern Vorreiter bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

(dbb) „Die bestmögliche Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben in jeder Lebensphase – das ist das Ziel, das wir uns für den öffentlichen Dienst gesteckt haben.“ Das sagte Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) am 12. Mai 2015. Am selben Tag hatte das bayerische Kabinett dem Gesetzentwurf zur weiteren Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im öffentlichen Dienst in Bayern zugestimmt. Der Entwurf basiert auf den Ergebnissen einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von BBB und Bayerischem Staatministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden nun umgesetzt, es kommt unter anderem zu Verbesserungen bei der Altersteilzeit, beim Freistellungsjahr sowie bei der familienpolitischen Teilzeit.

„Der BBB begrüßt die schnelle und umfassende Umsetzung der Ergebnisse“, so Habermann. „Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf begegnet der öffentliche Dienst in Bayern aktiv den strukturellen Veränderungen in der Gesellschaft. Er trägt dazu bei, dass Bayern mit sei-

nem modernen öffentlichen Dienst seiner Spitzenstellung im Bundesvergleich ebenso wie seiner Vorbildfunktion für die freie Wirtschaft gerecht wird.“
(05/16/15)

dbb berlin: Urteil des Verfassungsgerichts hat auch Auswirkungen auf Beamtenbesoldung

(dbb) Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat in Sachen 'Richterbesoldung' am 5. Mai 2015 die Verfassungswidrigkeit der Besoldung in Sachsen-Anhalt festgestellt und somit den Landesregierungen - auch in Berlin - die Grenzen bei der Auferlegung von Sonderopfern für Beamtinnen und Beamte aufgezeigt.

„Diese Botschaft des Verfassungsgerichtes ist eindeutig. Auch in Zeiten verstärkter Haushaltskonsolidierung und bestehender Föderalismusreform ist eine verfassungskonforme Weiterentwicklung der Besoldung möglich. Auch der Senat von Berlin ist nun gut beraten, dies ab sofort zu beachten“, sagte der Landesvorsitzende des dbb berlin Frank Becker.

Aufgrund der weiter bestehenden Rückstände der Beamtenbesoldung in Berlin müsse davon

ausgegangen werden, dass - trotz der derzeit geplanten Besoldungsanpassung - die Besoldung in Berlin ebenfalls verfassungswidrig sei. „Der dbb berlin hat sich bereits schriftlich an den Senator für Inneres und Sport gewandt, um unverzüglich zu erfahren, welche Maßnahmen der Senat kurzfristig plant, um die Besoldung in Berlin wieder in verfassungsmäßige Bahnen zu bringen“, so Becker am 11. Mai 2015.
(6/16/15)

dbb hamburg kritisiert unterschiedliche Bezahlung in Jobcentern

(dbb) Seit 2005 arbeiten Beschäftigte der Stadt Hamburg und Beschäftigte der Bundesagentur für Arbeit gemeinsam in den Jobcentern; als Leistungssachbearbeiter oder Arbeitsvermittler. Für die gleichen Tätigkeiten erhalten sie eine unterschiedliche Bezahlung. Während die Beschäftigten der Stadt nach dem Tarifvertrag der Länder (TV – L-) bezahlt werden, richtet sich die Bezahlung der BA-Beschäftigten nach dem „hauseigenen“ Tarifvertrag Bundeagentur (TV BA).

Auf Grund dieser unterschiedlichen Tarifsyste-me gab es schon immer Unterschiede in der Bezahlung. Diese sind jetzt aber unverhältnismäßig groß geworden, kritisierte der dbb hamburg am 11. Mai 2015. Der Grund: Die Bun-

desagentur hat die Zulagen im Tarifvertrag neu definiert.

Der dbb hamburg rechnete ein Beispiel vor: Als Beschäftigter der BA erhält ein Leistungssachbearbeiter (LStKlasse 1) brutto 3271,66 Euro

und netto 1930,88 Euro in der Vergütungsgruppe IV/ Erfahrungsstufe 2 des hauseigenen TV BA. Der städtische Beschäftigte (LStKlasse 1) erhält für die gleiche Tätigkeit die Vergütungsgruppe 9/ Erfahrungsstufe 2 des TV –L- brutto 2673,-- Euro und netto 1704,-- Euro. Noch nicht mit eingerechnet ist hier eine monatliche Zulage von 218,20 Euro, die die BA seit Änderung des Tarifvertrages wegen Komplexität der Aufgabe/direkter Kundenkontakt zusätzlich gewährt, sodass die Einkommens-

schere hier noch weiter auseinanderklaffen dürfte.

„Wir erwarten von der Stadt Hamburg, sich dieses Problems anzunehmen“, machte der dbb- Landeschef Rudolf Klüver deutlich. Zudem dürften sich die Mehrbelastungen der Stadt in Grenzen halten, da der Bund die Personalkosten auch für die Beschäftigten der Freien und Hansestadt bereits zu knapp 85 Prozent trägt.
(07/16/15)

SBB im Gespräch mit sächsischer SPD

(dbb) Zu einem ersten konstruktiven Gespräch ist die Landesleitung des Sächsischen Beamtenbundes (SBB) am 7. Mai 2015 in Dresden mit der Fraktionsspitze der SPD im sächsischen Landtag zusammengekommen.

Thematischer Schwerpunkt waren die Vorschläge des SBB für eine Neuausrichtung der Verwaltung und zur Meisterung des demographischen Wandels im öffentlichen Dienst sowie damit zusammenhängende Fragen der Personalgewinnung und Personalentwicklung. Einigkeit herrschte über die unbefriedigende Situation in Sachsens Verwaltungen. Der weiter voran getriebene Personalabbau gefährde die Arbeitsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung und die Sicherheit der Bevölkerung.

„Wenn wir weiter so wie bisher Personal in den Kernverwaltungen abbauen, dann werden wir in Kürze nicht mehr arbeitsfähig sein. Ob im Straßenbau oder beim Seuchenschutz, immer geht es auch um Dienstleistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger und damit um die Funktionsfähigkeit des Staates insgesamt“, stellte der SBB-Vorsitzende Gerhard Pöschmann fest.
(08/16/15)

Knecht zu Ramsauer-Vorschlag: Späte Einsicht besser als keine

(dbb) Den Vorschlag von Ex-Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer, alle Lokführer zu verbeamten, hat der Landesvorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern als „bemerkenswerten Vorstoß“ bezeichnet. Dietmar Knecht erklärte zu der Ramsauer-Aussage, die Streiks der GDL seien eine ungewollte Folge der Bahnreform vom Anfang der 1990er Jahre: „Diese späte Einsicht ist schon eine Genugtuung, denn genau das hat der dbb in Stellungnahmen zur Bahnprivatisierung befürchtet. Die GDL ist nun mal, wenn man ihr Tarifmacht und damit auch Streikmacht an die Hand gibt, eine ausgesprochen selbstbewusste Truppe“, so Knecht am 11. Mai 2015.

Schon immer habe sich der dbb bezogen auf die Daseinsvorsorge dafür ausgesprochen, diese Aufgaben durch Beamte erledigen zu lassen. Die Daseinsvorsorge der Bahn sei mit der Bahnreform aber aus dem Grundgesetz gestrichen worden. „Jetzt die Lokführer zu verbeamten, wäre nur ein Tropfen auf den heißen Stein, denn was wird aus den anderen schwerwiegenden Folgen der Reform?“, fragte Knecht und verwies in diesem Zusammenhang auf 6.000 Kilometer stillgelegte Strecke, 20 Prozent Sitzplatzkapazitätsrückgang, ersatzlose

Abschaffung des InterRegio und über 4.000 „Geisterbahnhöfe“ ohne Personal.

Zudem seien die Preise der Bahn seit 15 Jahren doppelt so schnell gestiegen wie die Inflation. „Der eigentliche Sinn der Bahnreform sollte eine pünktliche, komfortable, sichere und flächendeckende Bahn sein. Dagegen verstößt sie aber seit mehr als 20 Jahren mit Rückendeckung des Eigentümers, der Bundesrepublik – also der Politik“, unterstrich Knecht.
(09/16/15)

VBOB warnt: Befristungen gefährden kontinuierliche Aufgabenerfüllung

(dbb) Die Befristungspolitik der Bundesregierung bei Arbeitsverträgen gefährdet die Kontinuität bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Darauf hat der Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden im dbb (VBOB) hingewiesen und eine „sofortige Kehrtwende in der Einstellungspraxis aller Bundesinstitutionen“ gefordert. Für staatliche Daueraufgaben müssten ausschließlich Dauerstellen zur Verfügung gestellt werden, erklärte der Bundeshauptvorstand des Verbandes am 8. Mai 2015 in Königswinter.

Der Staat, der in arbeitsmarktpolitischen Sonntagsreden die Wirtschaft zu Einstellungen mit Dauerverträgen auffordere, sei mit seinen eigenen schlechten Beispielen kein Vorbild. Allein 2012 lag der Befristungsanteil bei Neueinstellungen im öffentlichen Dienst bei 70 Prozent. Von 150.000 Bundesbeschäftigten haben zwölf Prozent einen befristeten Arbeitsvertrag – Tendenz steigend: „Der Bund ist Weltmeister bei den Zeitverträgen. Das ist ein unerträglicher Zustand und ein miserables Beispiel für die Wirtschaft“, sagte Hartwig Schmitt-Königsberg, Bundesvorsitzender des VBOB.

Der VBOB-Bundeshauptvorstand forderte die Bundesregierung auf, Befristungen auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Dazu seien die rechtlichen Grundlagen zu ändern. Die sachgrundlose Befristung müsse schnellstmöglich abgeschafft werden. Kritisch gesehen werden auch sachlich begründete

Befristungen, die, bekannt als Kettenbefristung, zu stetig aufeinanderfolgenden Zeitverträgen führten. „Gegen Kettenbefristungen muss die Kettensäge eingesetzt werden“, forderte Schmitt-Königsberg.

Der VBOB hatte bereits bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 2016 einen Einstieg in eine demografievorsorgende Stellen- und Personalpolitik gefordert. Die Regierung müsse sich an die Festlegungen im Koalitionsvertrag halten. Schmitt-Königsberg: „Schnelles Handeln ist nötig, um genügend qualifizierte Mitarbeiter für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. Denn der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials und die Alterung der Erwerbsbevölkerung gehören zu den ‚Megatrends‘ der nächsten zwei Jahrzehnte. Deutschland gehört zu den europäischen Ländern, die bis 2050 mit dem stärksten Arbeitskräfterrückgang in Folge des demografischen Wandels zu kämpfen haben.“ (10/16/15)

GDL: Durchschnittlich über 3.000 Lokführer pro Tag im Streik

(dbb) „Schon seit Monaten suggerieren die Deutsche Bahn und einige Medien, dass das Zugpersonal streikmüde sei. Und dann stellen sie jedes Mal wieder ernüchtert fest, dass die Züge trotzdem stehen. Im 138-stündigen Streik um DB-Güterverkehr sind über 50 Prozent der Züge ausgefallen. In den 127 Stunden im Personenverkehr waren es bis zu 70 Prozent im Fern- und bis zu 90 Prozent im Regionalverkehr.“ Das teilte die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) am 10. Mai 2015 mit. In der Streikwoche waren beim Zugpersonal im Durchschnitt täglich mehr als 3 300 Mitglieder der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) im Ausstand.

Der GDL-Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky erklärte: Insgesamt hat das Zugpersonal in diesem Tarifkonflikt 367 Stunden im Güterverkehr und 313 Stunden im Personenverkehr die Arbeit niedergelegt. „Solange der Arbeitgeber die Sorgen und Nöte seines Zugpersonals ignoriert, solange müssen wir uns auch keine Sorgen um die Streikbereitschaft unserer Mitglieder machen“,

so Weselsky. „Statt weiterhin die Kampfkraft des Zugpersonals zu verleugnen, den Bahnkunden immer wieder Sand in die Augen zu streuen und die eigene Prinzipienreiterei zu vertuschen, sollte die DB endlich ihre dogmatische Haltung aufgeben. Die DB will die GDL in die Tarifverträge ihrer Hausgewerkschaft EVG zwingen, verkauft jedoch diesen selbst provozierten Tarifkonflikt

der Öffentlichkeit als Machtkampf zweier Gewerkschaften.“ Der GDL-Chef weiter: „Wir geben unsere grundgesetzlich geschützte Koalitionsfreiheit nicht am Garderobenhaken ab, bloß weil das DB-Management seine Gewinne auf Kosten des Zugpersonals erreichen will.“

Die DB verhandele mit der GDL zwar über die Tarifverträge für das Zugpersonal, aber nach zehn Monaten mit zahllosen Gesprächen, Verhandlungen und selbst nach acht harten Arbeitskämpfen seien immer noch keine tariflichen Regelungen oder wenigstens Zwischenergebnisse festgeschrieben, weil die DB immer noch die gleichen rechtswidrigen Bedingungen stellt. „Somit gibt es keine Begrenzung der Überstunden, keine Verbesserung bei den Ruhetagen und der Schichtfolge, keine Absenkung der Arbeitszeit

von 39 auf 38 Wochenstunden, überhaupt keine Absenkung der Belastung durch verbesserte Schichtrhythmen, und die 2 500 der insgesamt 3 100 Lokrangierführer, die Züge auf der Strecke führen, somit ‚Streckenlokomotivführer‘ sind, sollen weiterhin nur als ‚Billiger Jakob‘ mit schlechten Arbeitszeitregelungen entlohnt werden.“ Der GDL-Bundesvorsitzende: „Wir verlangen nichts Unmögliches. Die DB kann unsere Forderungen ganz einfach erfüllen, wenn sie ihr Dogma der einheitlichen Tarifverträge und damit den Eingriff in unsere Grundrechte aufgibt. Die bisher von uns gemachten Kompromissvorschläge waren nachweislich geeignet, den Flächentarifvertrag der Lokomotivführer auf das gesamte Zugpersonal zu erweitern.“
(11/16/15)

GdS: Ministerpräsident Haseloff sieht Handlungsbedarf in der GKV-Finanzierung

(dbb) Handlungsbedarf bei der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sieht der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt Reiner Haseloff. In einer Sitzung des Bundeshauptvorstandes der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) am 11. Mai 2015 in Dessau bekannte sich Haseloff, der auf Einladung des GdS-Bundesvorsitzenden Maik Wagner als Gastredner zu aktuellen Entwicklungen in der Sozialpolitik Stellung nahm, ausdrücklich zur paritätischen Finanzierung der Sozialversicherungsbeiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Spätestens in der nächsten Legislaturperiode sei der Gesetzgeber gefordert, weil ansonsten eine gemeinsame Finanzierung der GKV „auf Augenhöhe“ nicht mehr gegeben sei, so Haseloff. Im Vorfeld der Bundeshauptvorstandssitzung hatte die GdS massiv kritisiert, dass die paritätische Finanzierung infolge der jüngsten Gesetzgebung in der GKV faktisch bereits heute nicht mehr besteht und die einseitige Belastung der Arbeitnehmer mit steigenden Zusatzbeiträgen immer weiter anwachsen wird.

Kritisch bewertete der Ministerpräsident das geplante Gesetz zur Tarifeinheit. Haseloff betonte, er sei ein Verfechter der Freiheit und des Wettbewerbes, schon weil er in der ehemaligen DDR mit Einheitsversicherung und Einheitsgewerkschaft persönlich keine guten Erfahrungen gemacht habe. Deshalb nehme er die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen den Gesetzentwurf sehr ernst.
(12/16/15)

Illegale Einreisen auf Höchststand: Bundespolizisten brauchen dringend Unterstützung

(dbb) Die Zahl illegal nach Deutschland Einreisender hat einen neuen Höchststand erreicht: 1.167 unerlaubt eingereiste sowie 313 sich unerlaubt aufhaltende Personen wurden allein an einem Wochenende bundesweit durch Bundespolizisten festgestellt, so meldete das Bundespolizeipräsidium.

„Das ist neuer Rekord“, stellte der Vorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Ernst G. Walter am 11. Mai 2015 fest. Brennpunkt der unerlaubten Migration sei erneut der Zuständigkeitsbereich der Bundespolizeidirektion München gewesen. Die meisten Feststellungen wurden dabei wieder an der Grenze zu Österreich verzeichnet. „Bevorzugte Verkehrsmittel waren die Züge aus Italien. Diese mussten aber zu großen Teilen unkontrolliert bis nach München weitergeleitet werden, da die Bundespolizeiinspektionen Rosenheim und Freyung den Ansturm nicht mehr bewältigen konnten“, so Walter. Das Personal reiche schon lange

nicht mehr aus, die Belastung der Kolleginnen und Kollegen vor Ort sei unzumutbar.

„Statt weiterhin Bundespolizisten ohne Sinn und Verstand kreuz und quer durch die ganze Republik zu jagen, sollte man lieber unseren Vorschlag umsetzen, sofort mit der Einstellung von 1.000 zusätzlichen Bundespolizeilichen Unterstützungskräften (BUK) zu beginnen, die nach nur dreimonatiger Ausbildungszeit einsatzbereit wären und unsere Kolleginnen und Kollegen relativ kurzfristig bei ihrer Arbeit entlasten könnten“, forderte Walter.
(13/16/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) In einem Gespräch mit dem arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Schiewerling, MdB, hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Justiz-Gewerkschaft, **Emanuel Schmidt**, die ablehnende Haltung seiner Gewerkschaft zum Entwurf eines Tarifeinheitsgesetzes dar. Die Unterredung fand am Rande der Landestagung der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) am 25. April 2015 in Wesel/Niederrhein statt. Wie der dbb kritisierte auch Schmidt unter anderem, dass mit dem Gesetz die faktische Abschaffung des Streikrechts für kleinere (Fach-)Gewerkschaften einhergehen würde. Diese Aushöhlung des Streikrechts bedrohe kleinere Gewerkschaften in ihrer Existenz und bedeute für viele Mitglieder den Verlust der Teilhabe an einer essentiellen demokratischen Mitbestimmung. Schiewerling versicherte, diese Bedenken und Kritikpunkte in die weiteren Beratungen einzubringen.

Kurz vor seinem 80. Geburtstag, den er am 24. Mai gefeiert hätte, ist **Hans Rohlfing**, Ehrenmitglied der komba gewerkschaft, am 7. Mai 2015 gestorben. Der komba Bundes- und NRW-Landesvorsitzende Ulrich Silberbach erklärte, Rohlfings Tod sei „ein schwerer Verlust für die ganze komba-Familie“. Rohlfing habe sich 62 Jahre lang in der komba engagiert und dabei auch wichtige Führungsämter bekleidet. „Mit seiner ruhigen westfälischen Art, seinem christlichen Urvertrauen, seiner menschlichen Fürsorge, seiner Klugheit, seinen fachlichen Fähigkeiten, seiner Kollegialität und Hilfsbereitschaft – auch als Vorgesetzter – hat er die komba als überzeugter Verfechter des Berufsbeamtentums über Jahrzehnte geprägt – menschlich und politisch“, so dbb Vize Silberbach. Hans Rohlfing war von 1972 bis 1975 auch Mitglied im Bundeshauptvorstand des dbb. Für seine Verdienste war er 1993 mit dem Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland geehrt worden.
(14/16/15)